

BERLINER RUNDSCHAU

“

**Was wir
versprochen
haben, setzen
wir jetzt um.“**

**Kai Wegner:
Erfolg mit der
Chefsache**

**Linnemann zur
Politik in Berlin
und Deutschland**

**Vor 80 Jahren:
Geburtsstunde
der CDU in Berlin**

Im Spiegel der Presse

„Verwaltungsreform in Berlin: CDU, SPD, Grüne und Linke räumen Streitpunkte aus. - Seit Jahrzehnten wird in Berlin eine Verwaltungsreform diskutiert, die die Zuständigkeiten von Land und Bezirken klar regelt. Nun ist es zu einer Einigung im Abgeordnetenhaus gekommen.“

(Tagesschau online 17.06.2025)

„Berlin wird schneller und einfacher werden“, Wohnungsbau, Vorschule, Stärkung der Polizei, Verwaltungsreform – die Zukunftsvision des Regierenden Bürgermeisters.

(Tagesspiegel vom 18. 03.2025)

„Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner setzt auf eine schnelle Lösung beim Ersatzbau für die einsturzgefährdete Ringbahnbrücke der A100. Es sei eine gute Nachricht, wenn der Bund jetzt die Finanzierung sicherstelle und die Abrissarbeiten schnell beginnen könnten, sagte der CDU-Politiker im RBB-Inforadio.“

(Berliner Morgenpost, 02.04.2025)

„Polizisten gehen mit berlinweiter Razzia gegen illegales Glücksspiel vor ... Ende Januar hatte Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) eine neue Kooperationsplattform vorgestellt, die sich auf Organisierte Kriminalität im Berliner Gewerbe konzentriert.“

(rbb 88.8, 02.04.2025)

„Senat stoppt Kiezblock-Projekte in Berlin! - ... Verkehrssenatorin Ute Bonde (58) untersagt die weiteren Planungen – und streicht die Mittel des Senats für das Projekt mit dem Bezirk. Volumen: rund 500.000 Euro.“

(Bild, 15.05.2025)

„Die massenhafte Einschulung von Kindern ohne Deutschkenntnisse in Berlin soll ab 2026 der Vergangenheit angehören. Jugend-Staatssekretär Falko Liecke (CDU) erläuterte im Gespräch mit dem Tagesspiegel, wie er ein zentrales Ziel der schwarz-roten Koalition im Bildungsbereich, das „Kita-Chancenjahr“, trotz erheblicher Schwierigkeiten erreichen will.“

(Tagesspiegel, 10.04.2025)

„Grunewald gerettet! Regierender Wegner kippt den Windräder-Plan“

... Der Berliner Regierungschef hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (51, CDU) einen Brief geschrieben. Wegner zu BILD: „Die Energiewende gelingt nur, wenn wir sie realistisch angehen – gerade in Stadtstaaten wie Berlin. Windräder mitten in der Großstadt sind nicht umsetzbar.“

(Bild, 20.06.2025)

IN DIESER AUSGABE...

Im Interview mit Kai Wegner

erfahren Sie, was sich jetzt alles bei Berlins Verwaltung ändert, schauen Sie dazu auf die

[Seiten 4 und 5.](#)

Es macht einen Unterschied

wer regiert, sagt der Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann. Sein Blick auf Berlin und Deutschland lesen Sie auf den

[Seiten 8 und 9.](#)

Ein Parteitag mit Paukenschlag

erlebte die CDU Berlin am 17. Juni. Informationen darüber und den Gastredner, Kulturstaatsminister Weimer, finden Sie auf

[Seite 10.](#)

Immer wieder neu

stellt sich die CDU in den genau 80 Jahren ihres Bestehens auf. Über ihre Geschichte und was die Mitglieder darüber denken, informieren die

[Seiten 14 und 15.](#)

Sommer an der Spree

wird in diesem Jahr wieder sehr ereignisreich. Ein paar Tipps für Unternehmungen zeigt die

[Seite 16](#)

“

**Seit unserer Gründung
haben wir stets zu unserer
Verantwortung gestanden.**

**Liebe Leserinnen
und Leser,**



happy birthday, die CDU wird 80 Jahre alt! Hier in Berlin wurde sie gegründet. Am 26. Juni 1945 kamen in Charlottenburg 35 Männer und Frauen zusammen, die einen Beitrag zum politischen Wiederaufbau unseres Landes leisten wollten. Sie riefen dazu auf, „alles Trennende zurücktreten zu lassen“ und alle „christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte“ zusammen zu bringen.

Ihr Vorhaben war revolutionär: Sie wollten eine neuartige Partei gründen. In ihr sollten Konservative, Liberale und Christlich-Soziale eine politische Heimat finden. Egal, welcher Konfession man angehörte, ob reich oder arm, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, Land- oder Stadtbewohner: Auf der Basis gemeinsamer christlicher Werte wollten sie Antworten für die Herausforderungen der Zeit finden und Deutschland hin zu Freiheit und Demokratie führen. So wurde die CDU eine wirkliche Volkspartei. Bewusst grenzten sie sich von rechten und linken Ideologien ab, um als starke Kraft der politischen Mitte Deutschland wiederaufzubauen.

Auch in vielen anderen Städten und Dörfern gründeten sich kurz darauf ähnliche Vereinigungen. So entstand in den materiellen und moralischen Trümmern, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, eine politische Kraft, die die Bundesrepublik maßgeblich geprägt hat. Die CDU wurde zu einer großen Erfolgsgeschichte und brachte Politiker wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard oder Helmut Kohl hervor. Sie stellte sechs Bundeskanzler und war 51 Jahre in Regierungsverantwortung auf Bundesebene. Ohne die CDU wären die soziale Marktwirtschaft, die europäische Einigung und vor allem die Wiedervereinigung undenkbar gewesen.

Aber die Arbeit der CDU hat auch Berlin maßgeblich geprägt. Walter Schreiber, Richard von Weizsäcker, Eberhard Diepgen und aktuell Kai Wegner: Vier Regierende Bürgermeister, die unsere Stadt durch teils schwere Zeiten geführt haben. Die CDU hat in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Beitrag dazu geleistet, dass Berlin stets die Stadt der Freiheit blieb und es auch heute noch ist.

Und auch heute stehen wir vor großen Herausforderungen, sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene. Freiheit und Demokratie stehen wieder unter Druck. Der Frieden in Europa ist nicht mehr selbstverständlich. Der Antisemitismus zeigt in Deutschland und gerade auch in Berlin wieder sein hässliches Gesicht. In der Sicherheitspolitik, im Sozialen, in der Wirtschaft und in der Mobilität müssen Antworten auf neue Entwicklungen gefunden werden.

Hier ist die CDU gefordert. Seit unserer Gründung haben wir stets zu unserer Verantwortung gestanden. Wir werden das auch weiterhin tun. Vor 80 Jahren gaben unsere Gründer das Versprechen, „unseren Kindern und Enkelkindern eine glückliche Zukunft zu erschließen“. Dieser Zusage fühlen wir uns uneingeschränkt verpflichtet, heute und auch in Zukunft.

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Ottilie Klein
Generalsekretärin der CDU Berlin

Versprochen. Gehalten. Zu Beginn seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister hat Kai Wegner (52) bereits klargestellt, dass er die Verwaltung Berlins reformieren und verbessern wird.

„Was wir versprochen haben, setzen wir jetzt um“

Berlins Regierender Bürgermeister im Gespräch

Berliner Rundschau (BR): Die Verwaltungsreform wollten viele Ihrer Vorgänger umsetzen – gelungen ist es niemandem. Jetzt wird sie Realität. Wie wird sich das im Alltag der Berlinerinnen und Berliner bemerkbar machen?

Kai Wegner: Es stimmt, über diese Reform wurde in Berlin mehr als 25 Jahre lang gesprochen. Jetzt setzen wir sie mit dem CDU-geführten Senat um – und das ist ein echter Erfolg für Berlin. Für mich ist aber vor allem wichtig, dass diese Reform sich im Alltag der Menschen bemerkbar macht. Wir schaffen klare Zuständigkeiten, beenden das Behörden-Pingpong und stärken die gesamtstädtische Steuerung. Damit wird die Verwaltung effizienter – nicht nur im Senat, sondern auch in den Bezirken. Das alles ist aber ein erster Schritt. Diese Reform muss im täglichen Arbeiten gelebt werden – und genau daran arbeiten wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung.

(BR): Was hat sich in den Bürgerämtern bereits getan?

Kai Wegner: Schon jetzt sind mehr als 350 Dienst-

leistungen online verfügbar. In den Bürgerämtern gibt es täglich neue Termine, wir haben dort 100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, neue Standorte wurden eröffnet. Ich besuche gerade viele Bürgerämter und spreche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv: Die Arbeitsbedingungen verbessern sich, die Abläufe werden reibungsloser. Unsere Maßnahmen wirken.

(BR): Neben Verwaltung ist Sicherheit ein zentrales Thema Ihrer Regierung. Was haben Sie dort erreicht?

Kai Wegner: Sicherheit ist eine Frage des Vertrauens in einen funktionierenden Staat. Dazu gehört für mich, dass Polizei und Justiz gut ausgestattet sind und konsequent handeln können. Deshalb haben wir unsere Sicherheitskräfte gestärkt: mehr Personal bei Polizei und Feuerwehr, Bodycams, Taser,

bessere Besoldung. Wir setzen moderne Videotechnik ein, schaffen Waffenverbotszonen an Brennpunkten und stärken die Justiz mit neuen Stellen und digitaleren Verfahren.

(BR): Was werden Sie als nächstes im Bereich der Sicherheit tun?

„Schon jetzt sind mehr als 350 Dienstleistungen online verfügbar.“

Kai Wegner: Jetzt gehen wir den nächsten Schritt. Wir werden das Berliner Polizeigesetz noch einmal verschärfen. Wir wollen der Polizei mehr rechtliche Möglichkeiten geben, um Kriminalität noch wirksamer zu bekämpfen – etwa durch erweiterte Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten, längere Speicherfristen für BVG-Kameras oder gezieltere Telekommunikationsüberwachung.

(BR): Ein Bereich, der besonders in den Schlagzeilen war, ist die Clankriminalität. Was hat Ihre Regierung dort erreicht?

Kai Wegner: Wir haben den Kampf gegen Clankriminalität neu organisiert und gezielt verstärkt. Dazu gehören spezialisierte Einheiten und eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz, Zoll, Steuerfahndung und Ordnungsämtern. Außerdem nutzen wir neue gesetzliche Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung konsequent. Inzwischen konnten 58 Clan-Immobilien beschlagnahmt werden. Wir halten den Druck auf kriminelle Strukturen weiter hoch – und wir werden diesen Kurs fortsetzen.



(BR): Was tun Sie gegen den Stau in unserer Stadt?

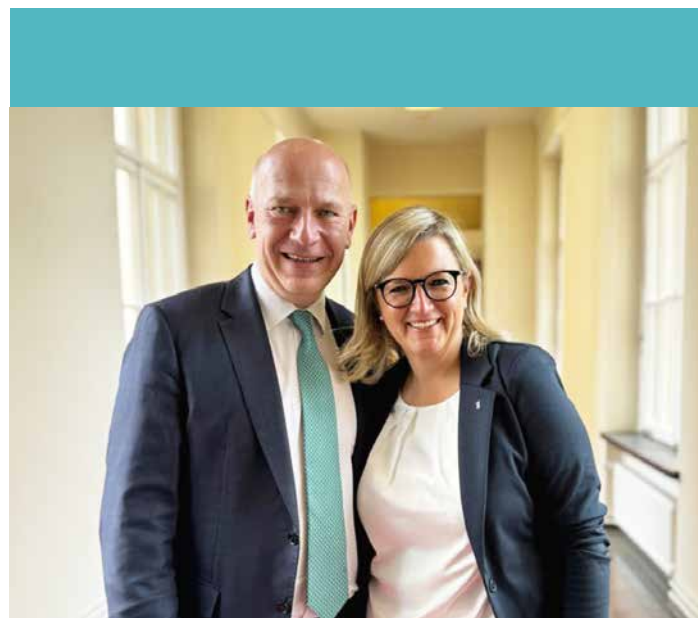
Kai Wegner: Wir arbeiten jetzt daran, den Verkehr in Berlin spürbar zu entlasten – und dazu gehören neben der schrittweisen Einführung einer digitalen Verkehrsführung vor allem ein funktionierendes Baustellenmanagement. Die meisten Berlinerinnen und Berliner haben Verständnis für Baustellen – wenn dort auch tatsächlich gearbeitet wird. Was sie zu Recht ärgert, sind wochenlange Sperrungen ohne erkennbare Bautätigkeit oder mehrfach aufgerissene Straßen, weil sich Ämter und Betriebe nicht abgestimmt haben. Das



wollen wir ändern. Künftig sollen Baustellen besser koordiniert, Arbeiten gebündelt und Abläufe straffer organisiert werden. Ich setze mich dafür ein, einen zentralen Baustellenkoordinator einzuführen – eine Person, die den Überblick behält, gezielt nachhakt und dafür sorgt, dass Projekte vorankommen. Unser Ziel ist klar: weniger Stau für alle, die in dieser Stadt unterwegs sind.

(BR): Vielen Dank für das Gespräch, Herr Wegner.

Kai Wegner: Ich danke Ihnen.



**Kai Wegner mit Martina Klement,
Staatssekretärin für Digitalisierung und
Verwaltungsmodernisierung**

Wussten Sie schon ...

... dass mit der heute beschlossenen großen Verwaltungsreform ein Jahrhundertprojekt zu Ende geführt wurde? Wenige Jahre vor dem Zusammenschluss Alt-Berlins mit den angrenzenden Gemeinden zu Groß-Berlin im Jahre 1920 reimte ein Stadtrat in Spandau noch selbstbewusst: „Es schütze uns des Kaisers Hand vor Groß-Berlin und Zweckverband.“ Der Widerwillen gegen den Verlust der Autonomie der Eingemeindeten führte zu einer starken Eigenständigkeit der Berliner Bezirke und einem über die Zeitläufe hinweg andauernden Durcheinander bei der gesamtstädtischen Führung. Alle bisherigen Versuche dem daraus resultierenden Behörden-Pingpong ein Ende zu bereiten scheiterten. Erst dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, der das Projekt zur Chefsache machte, gelang dies mit der gestern verabschiedeten großen Verwaltungsreform. Ein wahrhaft historischer Tag für Berlin.



Carsten Christoffer Linnemann (47) ist promovierter Volkswirtschaftler und seit 2009 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter in Paderborn. Im Juli 2023 machte Friedrich Merz ihn zu seinem Generalsekretär.

„Es macht einen Unterschied, wer regiert.“

Ein Gastbeitrag von Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU Deutschlands

„Berlin macht es uns allen nicht immer ganz so leicht.“ – Mit diesen Worten hat Kai Wegner vor gut zwei Jahren seine erste Regierungserklärung begonnen – der erste Regierende Bürgermeister der CDU seit Eberhard Diepgen. Ja, nach mehr als 20 Jahren hatte Deutschlands Hauptstadt endlich wieder einen CDU-geführten Senat und einen Christdemokraten im Roten Rathaus. „Aber Berlin“, so Kai Wegner weiter, „macht es einem auch ganz leicht. Die Stadt verdreht einem im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf, wie es nur Berlin kann.“ – Mit diesen Sätzen war die große Aufgabe gut beschrieben: Wir wollen Berlin so regieren, wie diese wunderbare Stadt es verdient hat. Wir wollen es besser machen als Rot-Rot-Grün.

Zwei Jahre später hat auch Deutschland wieder eine CDU-geführte Regierung. Die Zeit in der Opposition war zwar für die CDU Deutschlands deutlich kürzer,

aber die Aufgabe macht das nicht kleiner. Auch wir wollen so regieren, wie unser wunderbares Land es verdient hat. Ob Verantwortung für Berlin oder Verantwortung für Deutschland – es macht einen Unterschied, wer regiert.

**„Fleiß und Leistung
müssen sich
endlich wieder
lohnern.“**

Berlin ist für Vieles hochgeschätzt und weltweit beliebt; seine Kunst und Kultur, seine Parks und Festivals, seine Geschichte und Sehenswürdigkeiten. Aber da ist auch eine Sehenswürdigkeit anderer Art, die niemand mehr sehen und erleben will. Ich spreche vom berüchtigten Berliner „Behörden-Pingpong“ zwischen den Bezirken und dem Senat. Politik ist bekanntlich das Bohren dicker Bretter – und manches Brett an der Spree ist besonders dick. Aber Politik heißt auch: Wir zeigen nicht mit dem Finger auf andere, sondern wir fangen bei uns selbst an. Wir gehen mit gutem Beispiel voran.

sehen und erleben will. Ich spreche vom berüchtigten Berliner „Behörden-Pingpong“ zwischen den Bezirken und dem Senat. Politik ist bekanntlich das Bohren dicker Bretter – und manches Brett an der Spree ist besonders dick. Aber Politik heißt auch: Wir zeigen nicht mit dem Finger auf andere, sondern wir fangen bei uns selbst an. Wir gehen mit gutem Beispiel voran.

Dieser Senat unter Führung der CDU und von Kai Wegner hat etwas Historisches auf den Weg gebracht: die größte Verwaltungsreform seit drei Jahrzehnten. Alles wird neu aufgesetzt, und alles, was zählt, ist: klare Zuständigkeiten, klare Strukturen, klare Verantwortlichkeiten. Das ist ein Riesenerfolg, zu dem man auch der Stadt von Herzen gratulieren kann. Die Berlinerinnen und Berliner werden bald spüren: Es ist vorbei mit Pingpong!

Wir alle wissen aus Erfahrung: Grundlegende Veränderungen zum Besseren brauchen immer Zeit, weil Widerstände überwunden werden müssen und jedes weiter-so eine beachtliche, lautstarke Fanzene hat. Und doch arbeiten wir dafür, dass die Dinge Tag für Tag ein Stück besser werden und morgen schon funktioniert, was heute noch Probleme bereitet. So ist das auch in Berlin.

Der Berliner Senat hat die ideologiegetriebene und auto-feindliche Verkehrspolitik von Rot-Rot-Grün beendet. Er setzt mit dem Kita-Chancenjahr auf die frühkindliche Sprachförderung. Er macht ernst im Kampf gegen Clankriminalität. Dieser Senat steht fest an der Seite der Polizistinnen und Polizisten und aller Einsatzkräfte: Sie können sich wieder auf Rückhalt, Unterstützung und Wertschätzung verlassen.

Jeder Tag zählt – gerade für die CDU in Berlin. In drei Jahren Regierungszeit lässt sich nicht alles umsetzen. Aber unterm Strich, davon bin ich überzeugt, werden sehr viele Berlinerinnen und Berliner

erkennen: Endlich geht es wieder voran in unserer Stadt. Der Senat mit Kai Wegner an der Spitze verzettelt sich nicht; er verliert sich nicht in Nebensächlichkeiten. Er packt an!

Ja, es macht einen Unterschied, wer regiert – auch, aber nicht nur in Berlin.

Der Start von Schwarz-Rot im Bund unter Führung von Friedrich Merz war richtig gut. In Deutschland bewegt sich endlich wieder etwas! Nach dem Ampelchaos hat unser Land wieder eine Bundesregie-

rung, die nach vorne geht, gestalten will und den Mut hat, dringend notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Wir sehen eine Union, die als Team auf dem Platz agiert. Regierungsmitglieder, Partei und Fraktion – wir handeln geschlossen und machen Politik aus einem Guss.

Entscheidend ist nun, dass die Ergebnisse stimmen und sichtbar werden.

Das heißt für mich: Es wird umgesetzt, was wir vereinbart haben. Denn auch für uns zählt jeder Tag! Als Generalsekretär und Mitglied des Koalitionsausschusses werde ich dies fortlaufend einfordern – nicht zuletzt mit Blick auf die Themen, die mir unter den Nägeln brennen und für unsere Glaubwürdigkeit als Volkspartei von großer Bedeutung sind. Ich denke an die Abschaffung des Bürgergelds, die Einführung einer neuen Grundsicherung, die Einführung der Aktivrente und die steuerliche Freistellung von Überstundenzuschlägen. Fleiß und Leistung müssen sich endlich wieder lohnen.



Wussten Sie schon ...

... dass Carsten Linnemann nicht nur verantwortlich für das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands war, sondern auch Autor bzw. Mitautor mehrere Bücher ist, wie etwa „Die ticken doch nicht richtig!: Warum Politik neu denken muss.“ oder „Die machen eh, was sie wollen: Wut, Frust, Unbehagen – Politik muss besser werden.“ Besonders Interessierte könnten auch Gefallen an seiner Dissertation

finden: „Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs vor dem Hintergrund der Welthandelsordnung“. Außerdem hat Linnemann im Jahr 2010 die gemeinnützige Stiftung LEBENSlauf gegründet. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche, die am Rande der Gesellschaft stehen, durch Sportprojekte zu fördern. Linnemann selbst ist begeisterter Läufer.

Die CDU an der Seite der Bundeswehr



Die Politik der CDU hat in den letzten Wochen viel Wert darauf gelegt, die Frauen und Männer in der Bundeswehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Debatten über Sondervermögen, Wehrpflicht und Waffensysteme sind wichtig und richtig, trotzdem stehen am Ende immer die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Fokus. Zum zweiten Mal wurde am Verfassungstag, initiiert durch die Präsidentin des

Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld (CDU) und zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner die Vereidigung neuer Rekruten öffentlich vor dem Parlament abgehalten. Es folgte am 15. Juni, der erste Veteranentag. Immerhin gibt es in der deutschen Definition 10 Millionen von ihnen. Kai Wegner findet würdige Worte bei der Vereidigung: „Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr schützen

und verteidigen unser Land, unsere Demokratie und unsere Freiheit. Sie sind jeden Tag bereit, für unseren Staat und die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Mit dem öffentlichen Gelöbnis zeigen wir auch in diesen sicherheitspolitisch herausfordernden Zeiten, dass die Soldatinnen und Soldaten in die Mitte unserer Gesellschaft gehören.“ Und schließlich fordert die CDU Berlin sehr konkret in ihrem auf dem Kleinen Landesparteitag beschlossenen Antrag „Unser Berlin. Mit Sicherheit in Freiheit leben.“, dass in Uniform der ÖPNV kostenlos genutzt werden kann. Außerdem soll sich die Bundeswehr nicht verstecken müssen in der Stadt. So fordert die CDU außerdem, dass Arbeiten von Studenten und Professoren an Berliner Universitäten für militärische Zwecke der Bundesrepublik und ihrer NATO-Partner zugänglich sein sollen. Deshalb soll die sogenannte Zivilklausel abgeschafft werden, die bisher Aufträge und Zuwendungen aus der Rüstungsindustrie verhindert.

Wer heilt, verdient mehr als Dank

Der Pflegenotstand ist in Berlin längst Realität: zu wenig Personal, zu viele Überstunden, lange Wartezeiten in Kliniken, in der Pflege, im gesamten Gesundheitswesen. Der CDU-Landesvorstand hat einen Beschluss gefasst, der insbesondere die Anerkennung ausländischer Fachkräfte beschleunigen soll. „Wer heilt, verdient mehr als Dank – er verdient Verlässlichkeit“, heißt es im Beschlusspapier. Der Fokus liegt dabei auf schnellen Verfahren, gezielter Förderung und besseren Rahmenbedingungen für alle, die im medizinischen Bereich arbeiten oder in Berlin arbeiten möchten. So sollen beispielsweise ausländische Abschlüsse schneller anerkannt werden. Wer als Pflegekraft oder Ärztin nach Berlin kommt, darf nicht monatelang auf seinen Einsatz warten. Digitalisierte und vereinfachte Verfahren sollen den Start ins Berufsleben beschleunigen. Unbürokratisch, transparent und planbar.

Auch Integration wird ernst genommen. Berufsbegleitende Sprach- und Fachkurse helfen dabei, sich nicht nur sprachlich, sondern auch fachlich in den Arbeitsalltag



einzugliedern. Und wer Gutes leistet, soll auch gut leben können: Deshalb setzten sich die Christdemokraten für den gezielten Bau von Werkswohnungen für medizinisches Personal ein: bezahlbar, in Kliniknähe, mit Blick auf Schichtarbeit und Pendelzeiten.

Der Bürger-Meister



Das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ist ein Fulltime-Job. Wenig verwunderlich daher, dass Kai Wegner auf die Interview-Frage hin, wann er zuletzt sieben Stunden am Stück geschlafen habe, nicht antworten konnte. Doch trotz all der offiziellen und internen Termine ist es ihm besonders



wichtig, mit den Berlinerinnen und Berlinern im Gespräch zu bleiben. Kai Wegner hat mehrere Formate geschaffen. Neben einer Bürgersprechstunde im Rathaus, zu der sich die Bürger anmelden können, besucht er im Rahmen der Gesprächsreihe „Kai Wegner vor Ort“ die Menschen direkt in den Bezirken. „Der direkte Austausch liegt mir sehr am Herzen“, erklärte Kai Wegner. Das dies keine leeren Worte sind, kann jeder bestätigen, der ihn getroffen hat.

Aufmerksam und den Menschen zugewandt beantwortet er geduldig Fragen und geht auf die vorgetragenen Anliegen ein. Diesen Monat hat „der Regierende“ als erster in diesem Amt die Bürgerinnen und Bürger zu einem Tag



der Offenen Tür ins Rote Rathaus eingeladen. Der Andrang war groß, trotz brütender Hitze besuchten über 7.200 Menschen den Regierenden Bürgermeister in seinem Amtssitz. Kai Wegner ging in drei Gesprächsrunden auf die Fragen der Besucher ein und ließ sich mit unzähligen fotografieren. „Jeder Bürgerkontakt macht mir Spaß“, erklärte er. „Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, Demokratie erleben zu können.“ Zum Abschluss ver-



Ausgezeichnet!

Der Verband der Immobilienwirtschaft ZIA hat diesen Monat das Ende vergangenen Jahres von der CDU-geführten Koalition beschlossene Schneller-Bauen-Gesetz prämiert. Die Auszeichnung wurde im Bereich „Bürokratieabbau“ verliehen. Juryvorsitzende Barbara Ettinger-Brinckmann lobte: „Eine Landesbauordnung, die Bürokratie wirklich abbaut, sorgt für klare Abläufe, frühzeitige Einbindungen aller beteiligten Behörden und verbindliche Fristen und schafft so Transparenz, Verlässlichkeit und eben auch Planbarkeit im Bauprozess.“ Das Gesetz ist inzwischen auch Vorbild für andere Bundesländer.



„Manifest“

Bescheidener als mit dem Label „Manifest“ ging es nicht bei einer Gruppe von Sozialdemokraten um den ehemaligen SPD-Fraktionschef Mützenich und dem Außenpolitiker Stegner zum Thema „Friedenssicherung“. Wichtigster Punkt darin: eine stabile Friedens- und Sicherheitsordnung sei nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen. Dazu ihr Parteifreund und Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Realitätsverweigerung.“



Und dann kam der Paukenschlag

Gänsehaut-Atmosphäre, starke Worte und historische Tiefe. Der 19. Kleine Parteitag der CDU Berlin hatte alles, was ein politisches Ausrufezeichen braucht. Am 17. Juni, dem Gedenktag des Volksaufstands in der DDR, trafen sich die Delegierten der CDU im Ullsteinhaus in Tempelhof. Einem Ort, an dem einst freie Presse gemacht wurde und heute politische Zukunft geschrieben wird. Das Motto des Parteitages: „Unser Berlin. Mit Sicherheit in Freiheit leben.“ Die Botschaft: Berlin braucht einen Staat, der funktioniert und eine Politik, die uns und unsere Freiheit schützt.

Unser Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister Kai Wegner, machte gleich zu Beginn klar: Die CDU übernimmt Verantwortung für eine starke Verwaltung, einen wehrhaften Rechtsstaat und eine Gesellschaft, die Extremismus entschieden die Stirn bietet. Freiheit braucht Sicherheit und beides braucht einen handlungsfähigen Staat.

Und dann kam der Paukenschlag des „Regierenden“, der die zahlreichen Medienvertreter aufhorchen ließ: Die Verwaltungsreform ist geeint. Sie kommt! Die CDU



hat geliefert. Wegner kündigte damit das Ende des Behörden-Ping-Pongs an: klare Zuständigkeiten, schnellere Abläufe, mehr Effizienz, ein echter Neustart für Berlin. Noch in der nächsten Plenarsitzung soll das Gesetz beschlossen werden.

Gänsehaut-Moment: Der neue Kulturstatsminister Wolfram Weimer rief in seiner leidenschaftlichen Rede und der anschließenden Diskussion mit den Delegier-



ten zum Schutz der Demokratie auf. Seine klare Warnung: Die Freiheit wird wieder von innen und außen bedroht, von rechts, von links, durch Fanatismus und Verharmlosung. Jetzt brauche es Haltung, Mut und Entschlossenheit, forderte er.

Und genau so entschied die CDU Berlin. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag, ein starkes Maßnahmenpaket zur Stärkung von Sicherheit, Justiz, Verwaltung und Verfassungswerten. Fazit: Dieser Parteitag war mehr, und nicht nur der 19. seiner Art, sondern ein Aufbruchssignal für ganz Berlin. Für eine Hauptstadt, die funktioniert. Für eine Demokratie, die sich schützt. Für ein Leben in Sicherheit und Freiheit.



Warum Berlin eine Flugabwehr braucht – und kein Luftschloss bauen darf

Von Dirk Stettner, Fraktionsvorsitzender der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus

Wir müssen über die Verteidigung unserer Hauptstadt nachdenken. Die Vorstellung, dass Berlin in einem zukünftigen Konflikt nicht zur Zielscheibe werden könnte, ist ein gefährliches Luftschloss. In einer unberechenbaren Weltordnung, in der Drohnenangriffe und Raketenbeschuss längst keine exotischen Szenarien mehr sind, kann sich keine Metropole ihrer Sicherheit sicher sein – auch Berlin nicht. Die Illusion, wir könnten uns aus geopolitischen Spannungen heraushalten oder allein durch Diplomatie schützen, hat sich spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufgelöst. Die „Zeitenwende“, von der Ex-Bundeskanzler Scholz sprach, ist nicht nur ein haushaltspolitischer Begriff. Sie ist militärische, strategische und emotionale Realität – oder sollte es zumindest sein.

Tatsächlich hinkt das sicherheitspolitische Bewusstsein in Deutschland dieser Realität noch immer hinterher. Jahrzehntlang galt: Verteidigung findet anderswo statt. Wir waren eingebettet in Bündnisse, von akuter Bedrohung scheinbar weit entfernt. Doch das hat sich grundlegend geändert. Moderne Kriegsführung macht vor Grenzen keinen Halt mehr – und sie zielt nicht nur auf Frontlinien, sondern auf Kommandozentralen, Infrastruktur, Regierungseinrichtungen. Kurz gesagt: auf Orte wie Berlin.

Die Hauptstadt ist nicht einfach nur eine Großstadt – sie ist das politische Zentrum Deutschlands. Hier sitzen Bundesregierung, Parlament, Ministerien, Botschaften. Sollte ein Gegner Deutschlands ein symbolisches Ziel angreifen wollen, wäre Berlin die erste Adresse. Die Verwundbarkeit ist nicht spekulativ, sondern logisch. Wer glaubt, ein Flugabwehrschirm sei übertrieben, verkennet die Realität moderner Bedrohungen. Ein Blick nach Israel zeigt, was möglich – und not-



wendig – ist. Das Land ist etwa so groß wie Brandenburg (ca. 22.000 km²), Berlin umfasst gut 890 km². Und doch schützt Israel seine Städte seit Jahren mit Systemen wie dem Iron Dome – einem mobilen Luftabwehrsystem, das Kurzstreckenraketen erkennt, analysiert und gezielt abfängt.

Wie funktioniert der Iron Dome?

Obwohl nur ein Teil des Systems, wird „Iron Dome“ oft umgangssprachlich für die gesamte israelische Luftverteidigung verwendet. Diese besteht aus mehreren Ebenen: Iron Dome für Kurzstrecken und Drohnenangriffe, David's Sling für Mittelstrecken und Arrow 2/3 für Langstreckenraketen. Das Radar erkennt ein Geschoss, berechnet dessen Flugbahn und entscheidet, ob ein Abfang nötig ist – nur dann startet eine Rakete, die das Ziel in der Luft zerstört. Der Iron Dome schützt damit effizient, nicht flächendeckend – er greift nur ein, wenn echte Gefahr besteht.

Wenn Israel Städte nahe feindlicher Raketenstellungen schützen kann, dann ist es auch für Berlin denkbar – etwa im Rahmen des europäischen „Sky Shield“ oder durch nationale Komponenten. Die Frage ist nicht, ob es möglich ist, sondern ob wir bereit sind, Sicherheit neu zu denken.

Denn genau das verlangt die Zeitenwende: ein Ende des sicherheitspolitischen Wunschenkens. Es geht nicht um Panikmache, sondern um Vorsorge. Nicht um Militarisierung, sondern um Verantwortung. Berlin zu schützen heißt nicht, Krieg zu wollen – sondern zu verhindern, dass er uns unvorbereitet trifft.

Wer jetzt handelt, baut keine Luftschlösser. Er schützt das, was nicht zerbrechen darf: die Sicherheit unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Den Dialog mit Israel intensivieren



Seit dem 7. Oktober 2023 befindet sich Israel in einer außerordentlichen sicherheitspolitischen Lage. Auf den brutalen Angriff der Terrororganisation Hamas, bei dem über 1.200 Menschen ermordet und 250 Geiseln verschleppt wurden, dem schlimmsten Massaker am jüdischen Volk seit dem Holocaust, hat die israelische Regierung mit einer scharfen Militärintervention in Gaza reagiert. Israel verfolgt da-

bei das legitime Ziel, seine Existenz zu sichern, seine Bürger zu schützen, die Geiseln zu befreien und die Hamas endgültig zu zerschlagen. Der 7. Oktober hat ein tiefes Trauma in Israel hinterlassen. Für die Israelis ist Frieden derzeit in weiter Ferne, ihr Bedürfnis nach Sicherheit ist überragend.

Aber weil Israel den Kampf gegen die Hamas auch mit einer mehrwöchigen Hilfsmittelblockade geführt hat, bis es eine eigene Verteilstruktur aufgebaut hat, die die Mittelveruntreuung durch die Hamas beenden soll, regt sich in der EU - berechtigterweise - Kritik an der humanitären Lage. Anstatt allerdings auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den internationalen Hilfsorganisationen mit den israelischen Sicherheitskräften zu dringen, wie die Berliner Europaabgeordnete Hildegard Bentele und Vorsitzende der EU-Israel-Delegation dies seit Monaten tut, haben 17 von 27 EU-Staaten zum Generalrundspruch ausgeholt und fordern die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel. "Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Echte Partner äußern Kritik mit Maß und Verantwortung und arbeiten gemeinsam an Lösungen – gerade in schwierigen Zeiten. Wir tragen dabei eine besondere Verantwortung. Statt mit Abbruch zu drohen, sollten wir den Dialog mit Israel intensivieren", so Bentele.

Auch den an Israel adressierten Vorwurf des Völkermords, der durch linke Parteien und Politiker immer wieder ins Feld geführt wird, wies Bentele in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament zurück: "Lassen Sie mich eines klarstellen: Nach dem Völkerrecht ist Völkermord eines der schwerwiegendsten denkbaren Verbrechen. Die Schwelle dafür liegt äußerst hoch. Der Internationale Gerichtshof hat Israel nicht des Völkermords für schuldig befunden, sondern humanitäre Maßnahmen gefordert. Lassen Sie uns als Europäer geschlossen für Wahrheit statt Ideologie, für Klarheit statt Chaos und für Zusammenarbeit statt Boykott eintreten!"

Berlin hilft und handelt

Obdachlosigkeit gehört in Berlin zum traurigen Alltag in Bahnhöfen, Parks und an Straßenecken. Doch für die CDU Berlin steht fest: Wegsehen ist keine Option. Der Landesvorstand der Christdemokraten hat einen 7-Punkte-Plan gegen Obdachlosigkeit beschlossen. Ein Paket, das auf Prävention, schnelle Hilfe und langfristige Perspektiven setzt. Die Berliner Morgenpost berichtete ausführlich.

Für Generalsekretärin Dr. Ottilie Klein ist klar: „In Berlin darf niemand zurückgelassen werden. Es geht um Würde, Teilhabe und konkrete Lösungen. Hilfe darf nicht erst beginnen, wenn Menschen auf der Straße leben, sondern viel früher. Beratungsangebote sollen ausgebaut, Mietschulden schneller bearbeitet und Hilfe mehrsprachig verfügbar gemacht werden.“



Bereits 2024 zeichnete die CDU Berlin die Tee- und Wärmestube in Neukölln mit dem Eberhard-Diepgen-Preis für ihre soziale Arbeit gerade im Bereich der Obdachlosigkeit aus.

Doch auch für Menschen ohne Wohnung muss Unterstützung verlässlich, flexibel und würdevoll sein. Die CDU befürwortet deshalb den Ausbau bedarfsgerechter Unterkünfte mit Angeboten für Frauen, Familien, Pflegebedürftige und EU-Bürgerinnen und -Bürger. Tagesaufenthalte mit Zugang zu Beratung und medizinischer Hilfe sollen ergänzt werden durch sogenannte „Safe Places“: alternative Schutzräume für Menschen, die klassische Unterkünfte meiden. Besonderen Fokus legt der Plan auf verlässliche Strukturen: Soziale Träger sollen dauerhaft finanziell abgesichert und bürokratische Hürden abgebaut werden. Gleichzeitig soll soziale Infrastruktur von Anfang an bei der Stadtplanung mitgedacht werden. Erfolgreiche Modelle wie „Evas Obdach“ sollen langfristig gesichert werden, zum Beispiel durch gezielte Ankäufe.

Und nicht zuletzt setzen die Christdemokraten auf Aufklärung statt Ausgrenzung. Denn „Obdachlosigkeit ist kein Randthema!“ Sie ist ein Spiegel des sozialen Zusammenhalts. Die CDU Berlin betont: „Wir zeigen Haltung: mit einem Plan, der hilft und handelt.“



Neue Regierung mit klarer Agenda für mehr, schnelleren und kostengünstigeren Wohnungsbau

Der Wohnungsbau in Deutschland befindet sich in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. An dem selbst gesteckten Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr ist die Ampel krachend gescheitert. Die Zahl der neu gebauten Wohnungen ist zuletzt dramatisch eingebrochen. Das Statistische Bundesamt meldet gerade einmal 251.900 fertiggestellte Wohnungen im Jahr 2024, 14,4 Prozent weniger als noch im Vorjahr. „In Deutschland fehlen hunderttausende Wohnungen, dadurch steigen die Mieten immer weiter. Das hat enorme gesellschaftliche Sprengkraft“, erklärt der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Jan-Marco Luczak. Die neue unionsgeführte Regierung habe daher im Koalitionsvertrag eine klare Agenda für mehr, schnelleren und kostengünstigeren Wohnungsbau verabredet, so Luczak. Zwei zentrale Gesetzgebungsvorhaben hat die neue Regierung mit der Verlängerung der Mietpreisbremse und der Einführung des sog. „Bau-Turbos“ bereits auf den Weg gebracht.

Die ursprünglich bis zum Ende des Jahres 2025 befristete Mietpreisbremse wird bis 2029 verlängert. In Gebieten mit Mietpreisbremse darf die Miete bei einer Neuvermietung laut Gesetz höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausgenommen von der Regelung sind Wohnungen, die nach dem 1. Oktober 2014 erstmals genutzt und vermietet wurden.

Der Mietrechtsexperte der Union Jan-Marco Luczak begründet die Verlängerung: „Bezahlbares Wohnen ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zentral.

Als Union stehen wir für starke soziale Leitplanken im Mietrecht. Im Koalitionsvertrag haben wir mit der SPD deshalb eine Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029 vereinbart. Es ist gut, dass das jetzt schnell umgesetzt und den Menschen Sicherheit gegeben wird.“ Gleichzeitig betont Luczak, dass die Mietpreisbremse lediglich eine Zwischenlösung sei, bis die Wohnungsmärkte sich wieder beruhigt hätten. „Dafür brauchen wir vor allen Dingen mehr Wohnungsbau. Steigende Mieten kriegen wir nachhaltig nur in den Griff, wenn wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen – nicht durch immer mehr Regulierung“, so der Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg.

Parallel zur Verlängerung der Mietpreisbremse hat die neue Bundesregierung daher eine Novelle des Baugesetzbuches zur Beschleunigung des Wohnungsbaus beschlossen. Kernstück des Gesetzesentwurfes ist die Einführung des sog. Bau-Turbos für den Wohnungsbau. Mit dem Bau-Turbo wird den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen.

„Als CDU/CSU war uns wichtig, dass diese Regelung bundesweit und nicht nur in angespannten Wohnungsmärkten greift. Künftig gilt: Wer bauen will, soll auch bauen können – schnell, unbürokratisch und kostengünstig. Unsere Hoffnung und Erwartung ist, dass die Kommunen von dieser Regelung jetzt auch Gebrauch machen. Das Mindset muss sein: Vorfahrt für den Wohnungsbau“, betont der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jan-Marco Luczak.



Immer wieder neu: 80 Jahre CDU

Der Schrecken der Bombennächte und der heftigen Straßenkämpfe war gerade verklungen, als vor 80 Jahren, am 26. Juni 1945, im Westend in Charlottenburg eine neue politische Kraft gegründet wurde, die die politischen Geschicke des Landes maßgeblich prägen sollte. Die zahlreichen christlich orientierten Parteigruppierungen, die sich auch andernorts im besetzten Deutschland gründeten, einigten sich Ende 1945 schließlich auf den Namen, den die Berliner bereits am 26. Juni wählten: Christlich-Demokratische Union.

1947 schloss man sich zu einer deutschlandweiten Arbeitsgemeinschaft zusammen. Nach dem durch die Kommunisten erzwungenen Ausscheiden der Landesverbände aus der sowjetisch besetzten Zone sowie der gewonnenen Bundestagswahl erfolgte 1950 endlich die Gründung der Bundespartei.

Von 1949 bis 1969 stellte die Union durchgehend den Kanzler, zunächst Konrad Adenauer, dann Ludwig Erhard und schließlich Georg Kiesinger. In diesen Jahren setzt die CDU die Westbindung durch, führte die soziale Marktwirtschaft ein, initiierte die Europäische Integration und schuf die Grundlagen des heutigen Sozialstaats.

Bei der Bundestagswahl 1969 wurde die Union zwar wieder stärkste Kraft, wechselte mangels Koalitionspartner aber in die Opposition. Es folgten tiefgreifende Reformen in Fraktion und Partei. Ohne die bisherige Zuarbeit aus den Ministerien wurde der Aufbau eines umfangreichen Fraktionsapparates notwendig. Der neue Bundesvorsitzende Helmut Kohl gestaltete die CDU von einer Honoratioren- zu einer Mitglieder- und

Programmpartei um. Innerhalb der nächsten Dekade kam es zu einer annähernden Verdoppelung der Mitgliederzahlen. 1982 wurde Helmut Kohl infolge eines konstruktiven Misstrauensvotums Kanzler. Nach dem Fall der Mauer 1989 war er treibende Kraft für die Deutsche Wiedervereinigung, forcierte den 1990 erfolgten Beitritt der neugegründeten CDU-Landesverbände in der DDR in die dann gesamtdeutsche CDU und trug als überzeugter Europäer wesentlich zur Gründung der Europäischen Union 1992 bei.

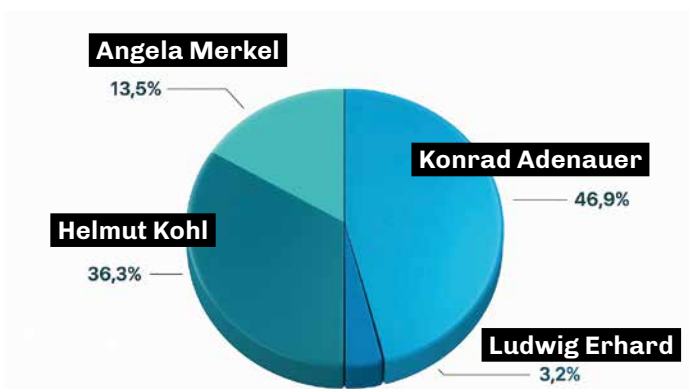
Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 und unter der Bundesvorsitzenden Angela Merkel legte sich die CDU ein liberaleres gesellschaftspolitisches Profil zu. Mit dem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2005 begann die 16 Jahre währende Kanzlerschaft von Angela Merkel. Im Zug der Finanz-, Euro- und Ukrainekrise stieg Merkel zur wichtigsten Staatenlenkerin Europas auf. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung bescherte Deutschland großen Wohlstand und der Kanzlerin eine hohe Popularität. Im Bundesvorsitz folgten Annegret Kramp-Karrenbauer (oder kurz AKK) und Armin Laschet, welcher das Kanzleramt bei der Bundestagswahl 2021 aber nicht erneut für die CDU erringen konnte. Sein erstmalig auf einer Mitgliederbefragung bestimmter und auf einem Parteitag formal gewählter Nachfolger Friedrich Merz schärfte anschließend das politische Profil der Partei in der Opposition, u.a. durch ein neues Grundsatzprogramm. Von den Gremien von CDU und CSU im September 2024 zum Kanzlerkandidaten bestimmt, wurde die Union bei der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag mit ihm am 23. Februar wieder stärkste politische Kraft und am 6. Mai erfolgte schließlich die Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler.



Adenauer für CDU-Mitglieder am wichtigsten

Wieder gab es eine beeindruckende Teilnahme an der Mitgliederumfrage der CDU Berlin. 1377 Mitglieder füllten den Online-Fragebogen anlässlich des 80. Gründungstags ihrer Partei aus.

Beinahe die Hälfte der Teilnehmer setzten mit 47 Prozent die Kanzlerschaft von Konrad Adenauer (1949-1963) an die Spitze der bedeutendsten CDU geführten Regierungszeiten. Es folgt die Amtszeit von Helmut



Kohl in den Jahren 1982 bis 1998 mit 36,3% sowie die ebenfalls 16 Jahre währende Amtsführung Angela Merkels von 2005 – 2021 mit 13,4%, betrachtet man nur die Antworten der Frauen sind es 23,4%.

Die CDU stellte in der Geschichte der Bundesrepublik bereits 52 Jahre das Regierungsoberhaupt (die SPD 24 Jahre). Die wichtigsten in diesen Jahren verantworteten

Entscheidungen sind nach den Umfrageteilnehmern mit der Möglichkeit bis zu drei zu nennen: die Deutsche Einheit (66,3%), West-Bindung und NATO-Beitritt (49,1%) sowie die Soziale Marktwirtschaft (47,9%). Interessant: Bei den Teilnehmern unter 30 Jahren liegt mit 46,5% die „Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg“ auf Platz 2.

Auf die Frage, was Beweggründe ihres Parteieintritts waren, wurde oft der Wunsch nach Unterstützung der Politik führender Persönlichkeiten wie von Weizsäcker, Diepgen, Kohl, Merkel und Merz genannt. Genauso häufig wird die allgemeine politische Richtung der Union (christliches Menschenbild, gegen Erstarken der Ränder/gegen linke Politik und AfD) genannt und sehr oft die „Deutsche Einheit“. Und nicht zuletzt sind für viele die Themen vor Ort im Bezirk und Kiez Beitrittsgründe gewesen.

So schätzen auch 37,7% den Austausch mit Gleichgesinnten und 48,1% die Möglichkeit sich in politische Debatten einzubringen. Überraschende 77,1% finden das Eintreten für eine Politik, die den eigenen Wertvorstellungen entspricht, als wichtig an der Mitgliedschaft. Und immerhin noch etwa ein Drittel schätzt besonders den Besuch von Veranstaltungen (29,2%).

Ach ja, und das bevorzugte CDU-Logo der Mitglieder ist das aktuelle (68,8% Zustimmung).

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;
REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze;
REDAKTION: Janine Remme, Oliver Cywinski;
SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Vettors

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: picture alliance/dpa / Bernd von Jutrczenka; Seite 3: Michael Benett; Seite 4 und 5: Tobias Koch, iStock@Reinhard Krull, Dirk Reitze, 2x Carol Neukirch; Seite 6: CDU Deutschlands/KAH; Seite 7: Steffen Böttcher;

Seite 8: Patrick Liesener, KI; Seite 9: Carol Neukirch; Seite 10: Dirk Reitze; Seite 11: iStock@MJGala, Tobias Koch; Seite 12: EP@Mathieu Cugnot, Dirk Reitze; Seite 13: Yves Sucksdorf; Seite 14: KAS; Seite 15: Paul Bouserath/KAS-ACDP; Seite 16: iStock@Andrea Astes

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

Sommer an der Spree

Sommerzeit ist für viele Menschen Reisezeit. An dieser Stelle möchten wir aber an Goethes alte Weisheit erinnern: Wozu in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Dies gilt insbesondere für die Berliner. Die Stadt bietet während der Sommertage ein breites Angebot an kulturellen, sportlichen und kulinarischen Veranstaltungen. Sie wissen nicht wohin? Nachfolgend einige Vorschläge:

Am 26. Juli 2025 ab 17 Uhr lädt der Britzer Garten zu einer magischen Nacht voller Artistik, Musik und Lichtspielen. Die Besucher können in dem weitläufigen Park zahlreiche Illuminationen und Lichtspiele bewundern sowie vier zauberhafte Märchenwelten mit Riesen, Zwergen und Drachen erkunden.

Bei der Adidas Runners City Night Berlin am 26. Juli 2025 ab Sonnenuntergang steht der Verkehr auf dem Kudamm still und Deutschlands bekanntester Boulevard gehört ganz allein den Skatern und Läufern. Flankiert wird das Event von einem umfangreichen Rahmenprogramm.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August, zwischen 2 und 4 Uhr wird die Erde den Meteorschauer der Perseiden streifen und tausende Sternschnuppen vom Firmament herniederregnen. Experten empfehlen für die Nacht eine Fahrt an dunkle Orte im Berliner Umland um das Schauspiel umfassend genießen zu können.

Unter dem Motto „Die Regierung lädt ein“ findet am 23. und 24. August 2025 der Tag der offenen Tür der Bundesregierung statt. Die Bürger können das Bundeskanzleramt und die Bundesministerien besuchen, ein kostenloser Shuttelservice ermöglicht den Gästen den Besuch aller beteiligten Häuser.

Bei dem Pistachio Street Food Festival vom 23. bis 24. August 2025 in Berlin dreht sich alles um die grüne

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

Nuss. Bei entspannter Musik und Cocktails können die Gäste zahlreiche süße und herzhafte Pistazienspezialitäten aus der ganzen Welt verkosten. Wir wünschen einen guten Appetit.

Bei der Langen Nacht der Museen am 30. August 2025 öffnen auch in diesem Jahr wieder 75 Berliner Museen und Ausstellungsorte des Nachts für Besucher ihre Türen. Von 18 Uhr bis 2 Uhr kann man die Sammlungen bewundern und an Workshops, Expressführungen und Künstlergesprächen teilnehmen.

Nur für Erwachsene: Am 30. und 31. August öffnet das German Rum Festival in Berlin seine Tore, eine der weltweit größten Messen ihrer Art. Experten beantworten Fragen zu Herstellung und Reifung der aus Zuckerrohr hergestellten Spirituose, im Anschluss kann ausgiebig verkostet werden.

Wir wünschen erhol- und unterhaltsame Sommertage!

